

Die öffentlichen Finanzen in den Regionen Russlands 2012–2019

Andrey Yushkov (Indiana University Bloomington, USA)

DOI: 10.31205/RA.391.03

Zusammenfassung

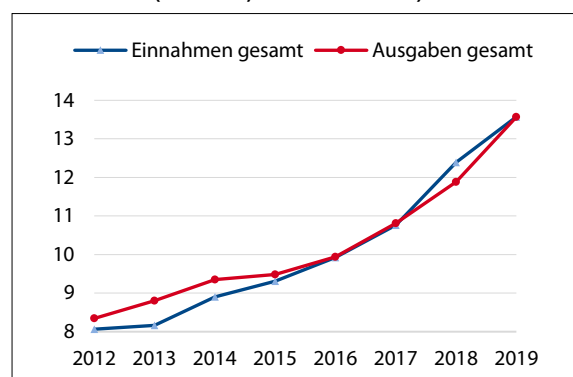
Die öffentlichen Finanzen in den Regionen Russlands haben seit 2012 eine wichtige Transformation durchlaufen. Die Struktur der Einnahmen sind zwar 2012–2019 relativ stabil gewesen, doch hat sich die Ausgabenstruktur verändert, zum Teil wegen neuer, nicht gegenfinanzierter Mandate in den Bereichen Bildung und Gesundheit und zum Teil wegen des verstärkten Einsatzes außerbudgetärer Fonds. Die Zentralregierung zeigt sich in ihrer Transferpolitik nun weniger großzügig, wodurch eine Reihe Regionen zu einer erheblichen Erhöhung ihrer Verschuldung oder einer Kürzung der Sozialausgaben gezwungen wird. Die Transparenz des subnationalen Finanzsystems hat sich ebenfalls verringert, weil vermehrt Haushaltskredite und politisch motivierte Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt eingesetzt werden, unter anderem neue Formen frei verfügbarer, nicht zweckgebundener Fördermittel und »anderer Transfers«. In den Regionen, in denen 2020 Gouverneurswahlen stattfanden, scheint es keine umfassende Transferpolitik gegeben zu haben, die speziell auf diese Regionen ausgerichtet gewesen wäre. Dafür nahmen dort intransparente Formen föderaler Unterstützung zu.

Die wichtigsten Finanztrends in den Regionen Russlands (2012–2019)

Grafik 1 unten zeigt die Entwicklung der nominalen Einnahmen und Ausgaben der konsolidierten Regionalhaushalte seit 2012. Ein konsolidierter regionaler Haushalt wird in Russland als Summe des regionalen Haushalts und der entsprechenden kommunalen Haushalte gerechnet, einschließlich der Haushalte der Städte, Stadtbezirke, kommunalen Kreise sowie der städtischen und ländlichen Siedlungen. Ein klarer Trend besteht darin, dass die regionalen Ausgaben nach Präsidentschaftswahlen gewöhnlich ansteigen. Sie sind in den Zeiträumen 2012 – 2014 und 2018 – 2019 beständig gewachsen. Die Krise von 2014/15 hatte die Regionalregierungen daran gehindert, dieses Tempo aufrecht zu erhalten. Die Ausgaben der konsolidierten Haushalte

sind – inflationsbereinigt – in den beiden Krisenjahren in der Tat zurückgegangen. Ein weiterer bemerkenswerter Trend besteht darin, dass sich die Regionalregierungen 2012 – 2015 im Schnitt einem Haushaltsdefizit gegenübersehen. Das legt nahe, dass einige der Verpflichtungen, die den Regionen 2012 durch Präsidialerlasse (die sogenannten Mai-Dekrete) auferlegt wurden, Mandate darstellten, die nicht entsprechend gegenfinanziert waren. Selbst nach dem Erhalt von Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt, mit denen die erhöhten Ausgaben gedeckt werden sollten, mussten einige Regionen eine Defizitfinanzierung und unterschiedliche Schuldeninstrumente einsetzen, um die Kluft zwischen ihren Einnahmekapazitäten und den erforderlichen Ausgaben zu überbrücken. Nach 2015 waren die konsolidierten regionalen Haushalte insgesamt meist ausgeglichen oder wiesen einen geringen Überschuss aus. Dieses Paradoxon lässt sich zum Teil durch den Umstand erklären, dass die reichsten Regionen, unter anderem Moskau, St. Petersburg und die ölfördernden Regionen in dieser letzten Phase einen Überschuss aufwiesen. Zudem begannen nach 2017 Transferzahlungen aus dem föderalen Haushalt eine größere Rolle zu spielen.

Grafik 1: Einnahmen und Ausgaben der konsolidierten regionalen Budgets, 2012–2019 (nominal, Billionen Rubel)



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

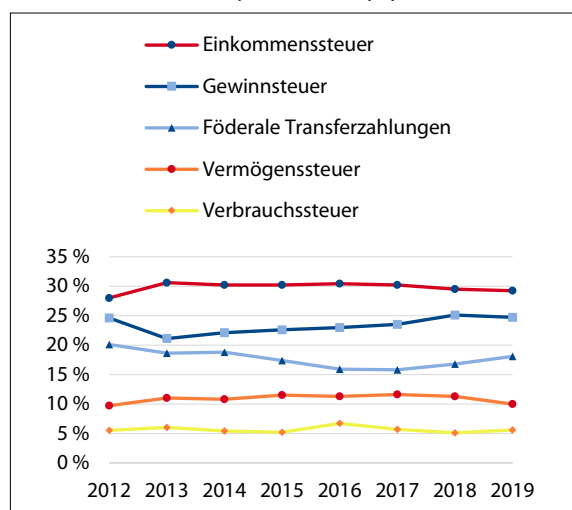
Einnahmen

Seit den frühen 2000er Jahren sind die Einkommensteuer und Gewinnsteuern der Unternehmen zwei wichtige Quellen der konsolidierten regionalen Einnahmen gewesen. Gemäß dem Haushaltsgesetzbuch Russlands sind diese Steuern zwar föderal, doch fließen die Einnahmen hieraus dann nahezu gänzlich in die regionalen und lokalen Haushalte (15 % der Einnahmen aus der Gewinnsteuer verbleiben im Zentralhaushalt). Ins-

gesamt machen sie über die Hälfte aller konsolidierten regionalen Einnahmen aus. Die Haushaltstransfers aus dem Zentralhaushalt sind die drittgrößte Einnahmequelle und bewegen sich zwischen 15 und 20 Prozent. Vermögenssteuern sind für die regionalen und lokalen Haushalte in Russland sehr viel weniger wichtig als in den meisten anderen Staaten mit föderalem Aufbau. Insgesamt machen Vermögenssteuern von Unternehmen und Privatpersonen wie auch Grundsteuern nur etwas mehr als 10 Prozent der konsolidierten regionalen Einnahmen aus, während Verbrauchssteuern, vor allem auf Benzin und alkoholische Getränke (außer Branntwein), weitere 5 Prozent zu den regionalen und lokalen Einnahmen beitragen. Insgesamt entfallen auf diese fünf Quellen rund 85–90 Prozent der konsolidierten regionalen Einnahmen. Zu anderen Einnahmearten, die für einige Regionen wichtig sind, gehören die Fördersteuer auf mineralische Rohstoffe – auch wenn der Anteil auf Öl und Gas Mitte der 2000er Jahre fast vollständig »zentralisiert« wurde – sowie verschiedene Gebühren und Abgaben.

Grafik 2 illustriert die Zusammensetzung der konsolidierten öffentlichen regionalen Einnahmen 2012 – 2019, die die Einnahmen sowohl der Regionen wie auch der Kommunen umfassen.

Grafik 2: Struktur der regionalen öffentlichen Einnahmen, 2012–2019 (%)



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

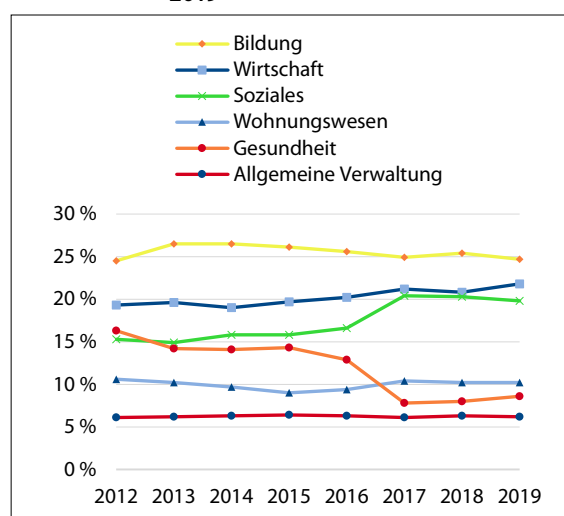
Die Struktur der regionalen und lokalen Einnahmen ist zwar relativ stabil gewesen, doch sind zwei Trends bemerkenswert. Zum einen sind die Gewinnsteuern der Unternehmen eine volatilere Einnahmequelle gewesen als die Einkommensteuer. 2013 war der Anteil der Gewinnsteuer von 25 auf fast 20 Prozent zurückgegangen, verharrte dann in den Krisenjahren 2014/15 auf diesem Niveau und erreichte erst 2018 wieder die 25 Prozent. Im Vergleich zur Mitte der 2000er Jahre,

als der Anteil bei über 30 Prozent lag, hat es also einen beträchtlichen Rückgang gegeben, der den allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung der russischen Wirtschaft in den 2010er Jahren widerspiegelt. Zweitens ist bei den konsolidierten regionalen Einnahmen der Anteil der Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt zurückgegangen und hat (etwas überraschend) von 2014 bis 2016 den stärksten negativen Schock erfahren – in einer Zeit, als die Wirtschaft stagnierte. Michael Alexeev und Andrey Chernyavskiy haben 2018 aufgezeigt, dass die Zentralregierung in der Krise von 2014/15 sehr viel weniger großzügig reagierte als 2009, als Russland die heftigsten Nachbeben der Großen Rezession erlebte: Mitte der 2010er Jahre hatten insbesondere ärmere Regionen darunter zu leiden, dass finanzielle Hilfe aus dem Zentrum ausblieb. Eine andere Erklärung für die zurückgehenden Transferzahlungen wäre, dass Moskau seine föderale Fiskalstrategie geändert hat und jetzt andere, gewöhnlich weniger transparente Instrumente zur Finanzierung der Regionen einsetzt, auch Kredite des Zentralhaushalts (siehe weiter unten den Abschnitt *Verschuldung*).

Ausgaben

Nach der Unterzeichnung der Mai-Dekrete von 2012, die die Regionen unter anderem dazu verpflichteten, die Gehälter von Lehrern, Ärzten und anderen öffentlichen Angestellten zu erhöhen, war erwartet worden, dass die regionalen Ausgaben, insbesondere die für Humankapital, erheblich steigen würden. Allerdings stabilisierte sich die Anteile der Aufwendungen für Bildung und Gesundheit – nachdem sie 2012 – 2013 anfänglich angestiegen waren, was bei den Gesundheitsausgaben nur 2012 der Fall war – bei 26 bzw. 14 Prozent der Gesamtausgaben.

Grafik 3: Struktur der regionalen Ausgaben, 2012 – 2019



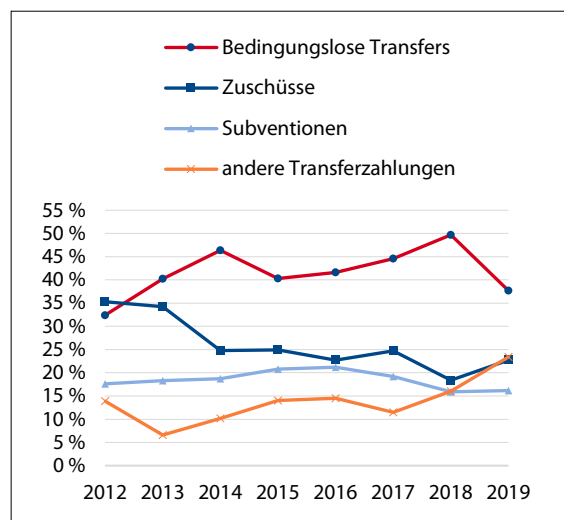
Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

Bemerkenswert ist, dass dann der Anteil der Gesundheitsausgaben drastisch zurückgegangen ist, nämlich von 13 auf unter 8 Prozent im Jahr 2017 (s. Grafik 3 auf S. 17). Der Grund für diese dramatische Veränderung war, dass die meisten Gesundheitsausgaben jetzt aus außerbudgetären Quellen finanziert wurden (insbesondere aus dem Fonds der medizinischen Pflichtversicherung): 2017 wurden 1,9 der insgesamt 2,9 Billionen Rubel der regionalen Gesundheitsausgaben aus außerbudgetären Fonds finanziert. Das gab der Zentralregierung, die diese Fonds de facto verwaltet, mehr Kontrolle und Entscheidungsfreiheit in Bezug auf den Gesundheitssektor an die Hand. Gleichzeitig stiegen die regionalen Ausgaben für soziale Sicherung von 17 auf 20 Prozent der Gesamtausgaben (von 2,2 auf 2,4 Billionen Rubel). Wiederum könnten die politischen Konjunkturzyklen eine plausible Erklärung hierfür sein: Schließlich war 2017 das Jahr vor den Präsidentschaftswahlen von 2018, und die Regionalregierungen wurden als Dienstleister der Zentralregierung eingespannt, die die dringend benötigte finanzielle Unterstützung an die Menschen verteilen sollten. Andere Ausgabenbereiche sind 2012 – 2019 relativ stabil gewesen. Die Ausgaben für die Wirtschaft (meist Straßen und Fernstraßenbau) und das Wohnungswesen (vor allem kommunale Versorgungsunternehmen) bewegten sich im Bereich von 20 bzw. 10 Prozent.

Transferzahlungen

Die Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt stellten 2012 – 2019 die instabilste Einnahmequelle der konsolidierten regionalen Haushalte dar. Während sich ihr Gesamtumfang nicht sonderlich veränderte, hat sich die Zusammensetzung der Transferzahlungen ganz beträchtlich gewandelt, wie aus Grafik 4 rechts deutlich wird. Seit den frühen 2000er Jahren hat die Zentralregierung sowohl frei verfügbare wie auch zweckgebundene Haushaltstransfers eingesetzt, um die Regionen zu unterstützen und die Politik des Zentrums auf subnationaler Ebene umzusetzen. Ursprünglich waren frei verfügbare Transfers (*dotazii*) als formelbasierte Zuschüsse dazu gedacht, die Haushaltskapazitäten der Regionen auszugleichen, ohne dass irgendwelche Ausgabenbeschränkungen errichtet wurden. Mit der Zeit unterteilte die Zentralregierung die nicht zweckgebundenen Transferzahlungen in formalbasierte Ausgleichstransfers (*dotazii na wyravniwanie byudshetnoj obespetschennosti*) und frei verfügbare Transfers zur Herstellung ausgeglichener Haushalte (*dotazii na obespetschenije sbalansirowannosti byudshetow*), die monatlich oder vierteljährlich aufgrund von Verfügungen der Zentralregierung zugeteilt wurden. Es liegt auf der Hand, dass der zweite Typ viel weniger transparent und stärker politisch motiviert war. Diese letzteren Transfers sind während der Krise von

Grafik 4: Struktur der Transferzahlungen aus dem zentralen Haushalt an die Regionen, 2012 – 2019



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

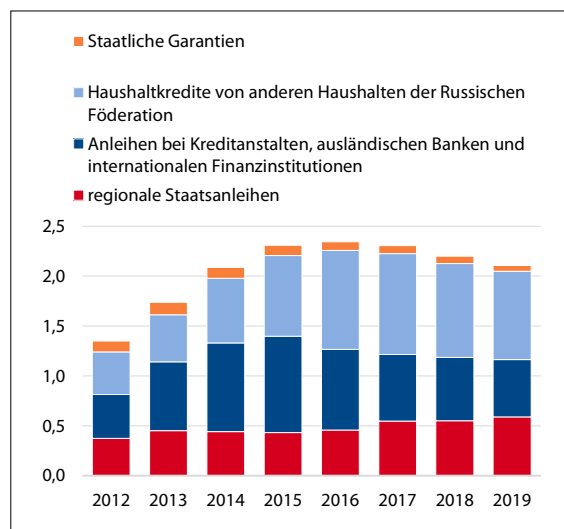
2009 umfangreich eingesetzt worden und machten in der Spitze 19 Prozent aller Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt aus (2014). Später allerdings ging ihr Anteil drastisch zurück, nämlich auf nur 2 Prozent im Jahr 2019. Grund hierfür war nicht der erhöhte Einsatz von formelbasierten Ausgleichstransfers (auch wenn deren Anteil von 24 Prozent 2012 auf 36 Prozent 2017 zunahm), sondern die Schaffung einer Reihe neuer Arten nicht zweckgebundener Transfers im Jahr 2017. Einige dieser neuen Transferarten, die bis 2019 über 8 Prozent aller föderalen Transferzahlungen ausmachten, waren regionspezifisch und naturgemäß politischer Art (etwa spezielle Transferzahlungen nach Tschetschenien oder auf die Krim), andere waren ihrem Charakter nach zweckgebunden (z. B. Transfers, mit denen die Gehälter von öffentlichen Angestellten erhöht werden sollten) und untergruben allein schon die Idee eines nicht an Bedingungen gebundenen Ausgleichs. Insgesamt wuchs der Anteil nicht zweckgebundener Transferzahlungen von 32 Prozent 2012 auf 49 Prozent 2018; ein Jahr später war er wieder auf 38 Prozent gefallen. Berechenbarkeit und Transparenz, zwei höchst wichtige Prinzipien in einem Bundesstaat mit verschiedenen staatlichen Haushalten, sind in Russland Mitte der 2010er Jahre eindeutig verletzt worden. Zuschüsse, der meistverbreitete Typ zweckgebundener Transferzahlungen, die früher eine Ko-Finanzierung regionaler Kapitalausgaben darstellten, indem entsprechende Mittel aus dem Zentralhaushalt bereitgestellt werden, nehmen tendenziell mit der Zeit ab. Nachdem es in den Jahren nach Präsidentschaftswahlen (insbesondere 2012/13) positive Schübe gegeben hatte, pendelten sie sich auf einem anhaltenden Niveau von rund 22–23 Prozent aller föderalen Trans-

fers ein. Eine andere beunruhigende Tendenz, die auf potenzielle politische Einflüsse zurückgeführt werden könnte, ist der rapide Anstieg des Anteils »anderer Transfers«. Diese Transfer-Kategorie war vor den 2010er Jahren fast zu vernachlässigen gewesen, umfasste dann aber auch einige frühere Zuschüsse (*subsidii*) und Subventionen (*subwenzii*), die zweckgebunden die Verpflichtungen der Zentralregierung (ko-)finanzieren sollten, die an die Regionen übertragen worden waren) und wuchs im Laufe der 2010er Jahre an, wobei sie 2019 mit 23 Prozent aller Transfers ihren höchsten Anteil erreichte. Andere Transferzahlungen sind weniger transparent als Zuschüsse und Subventionen, da sie erstens jährlich festgesetzt werden und daher weniger berechenbar sind; zweitens zur Finanzierung kurzfristiger Projekte eingesetzt werden, oft Mittel aus dem Reservefonds des Präsidenten umfassen und anstelle eines langfristigen Regierungsprogramms erfolgen; drittens ihrer Natur nach willkürlich sind und politischen Zwecken dienen können; und viertens die regionale Haushaltsautonomie untergraben, weil sie im Unterschied zu Zuschüssen keine Ko-Finanzierung erfordern. Insgesamt ist die Zusammensetzung der Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt noch intransparenter und empfänglicher für politische Manipulationen geworden, was einen weiteren Schritt in Richtung einer Zentralisierung des Haushaltswesens und einer Reduzierung der regionalen und lokalen Autonomie bedeutet.

Verschuldung

Angeichts des Umstandes, dass die Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt 2012 – 2016 zurückgingen, nahmen die Regionen vermehrt Schulden auf, um ihrem wachsenden Bedarf an Ausgaben und den nicht gegenfinanzierten neuen Verpflichtungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich nachzukommen. In diesen fünf Jahren wuchs die akkumulierte Verschuldung der Regionen von unter 1,5 Billionen auf über 2,3 Billionen Rubel an. Die regionale Verschuldung, insbesondere Haushaltskredite, dienten in dieser Phase als Ersatz für die zurückgehenden Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt. Auch die Struktur der Verschuldung hat sich erheblich verändert (siehe Grafik 5 rechts). Das Finanzministerium stellte den Regionen nun offensiver preiswerte Haushaltskredite zur Verfügung. Deren Volumen wuchs nominal auf mehr als das Doppelte an, nämlich von 0,4 auf fast eine Billion Rubel in der Zeit von 2012 – 2016. Verglichen mit Schuldinstrumenten auf dem freien Markt (z. B. Staatsanleihen und kommerzielle Darlehen) haben Haushaltskredite einen ausnehmend geringen Zinssatz (0,1 %), der im Endeffekt bedeutet, dass eine Region bei Rückzahlung real viel weniger begleichen muss als sie ursprünglich geliehen hatte. Kommerzielle Anleihen nahmen fast im gleichen Maße zu wie die Haushaltskredite: Regionen, die nicht in der Lage waren finanzielle

Grafik 5: Verschuldung in Russland auf subnationaler Ebene, nach Kategorien 2012–2019 (in Billionen Rubel, nominal)



Quelle: Finanzministerium Russlands

Unterstützung des Zentrums in Form von Transferzahlungen oder Haushaltskrediten zu erlangen, mussten andere, gewöhnlich kostspieligere Finanzierungsquellen finden, um nicht finanzierte Mandate der Zentralregierung abdecken und einer Umsetzung der Mai-Erlasse näherkommen zu können. Die Zinssätze kommerzieller Anleihen lagen bei weit über 10 Prozent, insbesondere während der Krise von 2014/15. Jüngste Änderungen im Haushaltsgesetzbuch bieten den Regionen sogar noch stärkere Anreize, ihre Schuldenlast zu reduzieren, da der Zugang zu Transferzahlungen und anderen Formen der Unterstützung durch das Zentrum für jene Regionen, die mehr als 10 Prozent ihrer Ausgaben zur Bedienung ihrer Schulden aufwenden müssen, nur eingeschränkt möglich sein wird. Diese Politik könnte allerdings einen weiteren Teufelskreis auslösen, da hochverschuldete Regionen den Zugang zu einem Teil der Finanzhilfen des Zentrums verlieren werden und dadurch noch mehr Anleihen aufnehmen müssen, um die laufenden Schulden zu begleichen, was wiederum in der Zukunft zu einer Serie regionaler Insolvenzen führen könnte.

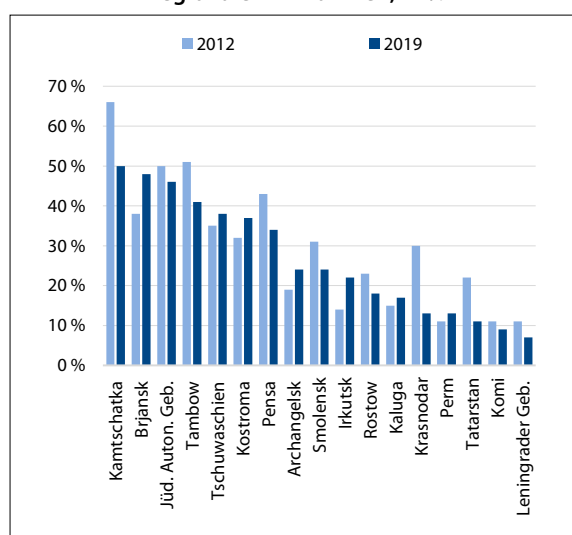
Die öffentlichen Finanzen in Regionen, in denen 2020 Gouverneurswahlen stattfanden

Bei den Gouverneurswahlen 2020 herrschte sehr viel weniger Wettbewerb als bei den Kommunalwahlen in großen Städten (insbesondere in Tomsk und Nowosibirsk) oder bei einigen Gouverneurswahlen früherer Jahre. Sämtliche Amtsinhaber und vom Zentrum ernannten geschäftsführenden Gouverneure wurden (wieder)gewählt, auch wenn die Ergebnisse nicht vollkommen einheitlich waren. Ein offensichtlicher Grund sind die massiven Wahlfälschungen und die Manipulation der Daten. Ein weiterer,

etwas raffinierterer Grund ist der, dass die Zentralregierung diese Regionen über die vergangenen Jahre hinweg zielgerichtet »versorgt« hatte, um eine (Wieder)Wahl der vom Kreml unterstützten Kandidaten sicherzustellen.

Grafik 6 zeigt die Abhängigkeit von Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt (2012 und 2019) in den Regionen, in denen 2020 Gouverneurswahlen stattfanden. Es scheint keine umfassende Transferpolitik gegeben zu haben, die speziell auf diese Regionen ausgerichtet gewesen wäre. Einige Regionen haben ihre Haushaltssituation sogar verbessert und ihre fiskalische Abhängigkeit vor allem durch einen gestiegenen Anteil

Grafik 6: Anteil der Transferzahlungen an den regionalen Einnahmen, in %



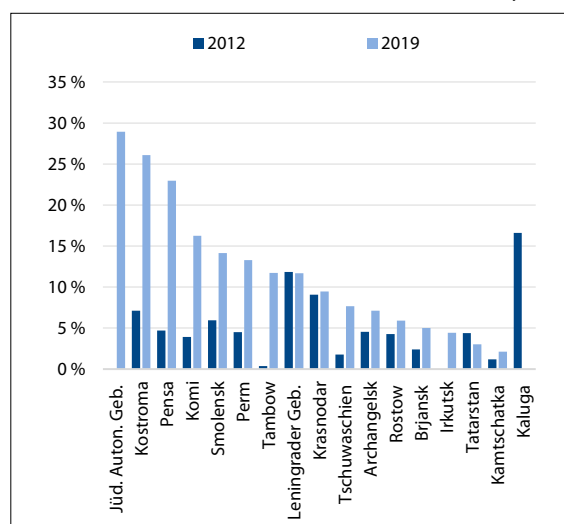
Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

der Unternehmensgewinnsteuern reduziert (Leningrader Gebiet, die Republiken Komi und Tatarstan, Region Krasnodar). Einige Regionen wurden etwas stärker von finanzieller Unterstützung aus dem Zentrum abhängig (Gebiete Brjansk, Kostroma und Archangelsk, Rep. Tschuwaschien), was anscheinend nichts mit politischen Konjunkturzyklen zu tun hatte. Nur eine Region scheint im Visier der Zentralregierung gewesen zu sein, nämlich das Gebiet Irkutsk, traditionell eine der am stärksten zu Protest neigenden Regionen. Dort ist der kommunistische Gouverneur vor kurzem durch einen vom Kreml gestützten Kandidaten ersetzt worden, der wohl zusätzliche Finanzen für seinen Wahlkampf benötigte. Der Anteil der Transferzahlungen ist in dieser Region über die vergangenen Jahre hinweg relativ gering gewesen, stieg aber 2019 beträchtlich an, nämlich auf 22 Prozent.

Betrachten wir uns allerdings den Anteil der frei verfügbaren (nicht formelbasierten) und nicht zweckgebundenen Transferzahlungen an diese Regionen etwas näher, so ergibt sich ein anderes Bild (Grafik 7). Hier war der Anteil dieser Transfers 2019 wesentlich höher als 2012. Dies spie-

gelt den allgemeinen, oben erörterten Trend wider. Einige Regionen scheinen allerdings in besonderer Weise das Ziel dieser intransparenten Formen föderaler Unterstützung gewesen zu sein. Interessanterweise gab es in denjenigen Regionen, die in höherem Maße diese Art Transferzahlungen erhielten – die ja nicht dem Finanzausgleich oder der Ko-Finanzierung von Regierungsprogrammen dienten (und somit leichter für den Wahlkampf des Amtsinhabers eingesetzt werden konnten) – bei den Wahlen 2020 eine größere Unterstützung für den amtierenden Gouverneur. In allen Regionen mit einem Anteil der frei verfügbaren

Grafik 7: Anteil der frei verfügbaren (nicht formelbasierten) Transferzahlungen an den Transfers aus dem Zentralhaushalt, in %



Quelle: Föderales Schatzamt Russlands

baren, nicht zweckgebundenen Transferzahlungen von über 10 Prozent gab es einen Stimmenanteil von 70 Prozent und mehr für den Amtsinhaber (eine Ausnahme ist das Gebiet Smolensk, wo der Amtsinhaber nicht die »Partei der Macht« repräsentiert). Somit hat die Zentralregierung entweder ihre Ziele hinsichtlich der (Wieder-)Wahl erreicht, indem weniger transparente Haushalts-transfers eingesetzt wurden, die dann für die Finanzierung des Wahlkampfes des Amtsinhabers verwendet wurden, oder aber die Regionen, die mehr freie Transferzahlungen erhielten, haben öfter als andere auf Wahlbetrug und Datenmanipulationen zurückgegriffen. Jedenfalls fungieren frei verfügbare Finanzströme aus dem Zentralhaushalt an die Regionen als wichtige Mechanismen für eine politische Handhabung der Wahlen auf regionaler Ebene, die nur scheinbar einem politischen Wettbewerb gleichen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor sowie eine kurze Bibliografie finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Andrey Yushkov ist Doktorand im Fach Öffentliches Finanzwesen an der O'Neill School of Public and Environmental Affairs der Indiana University und Research Fellow am Leontief Centre in Sankt Petersburg. Er absolvierte einen M.Sc. in Wirtschaft an der Universität Bonn. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Wirtschaft und Finanzen der Öffentlichen Hand, insbesondere die Steuerpolitik, öffentliche Verschuldung und fiskaler Föderalismus. Er hat an mehreren Weltbank-Projekten zur technischen Zusammenarbeit mitgewirkt, die sich mit öffentlicher Finanzverwaltung und Programmevaluierung in den Regionen und Kommunen Russlands befassen.

Bibliografie

- Alexeev, M. & A. Chernyavskiy. (2018). A tale of two crises: Federal transfers and regional economies in Russia in 2009 and 2014–2015, in: *Economic Systems*, 42 (2), 175–185.
- Blöchliger, H. & Alexeev, M. (2019). Fiscal Federalism in the Russian Federation and its Asian Regions. In: *Fiscal Decentralisation and Inclusive Growth in Asia* (eds. J. Kim and S. Dougherty). Paris: OECD Publishing, 179–208.
- Boadway, R. W. & A. Shah (eds). (2007). *Intergovernmental fiscal transfers: Principles and practices*. World Bank Publications.
- De Silva, M. et al. (2009). *Intergovernmental Reforms in the Russian Federation*. Washington, D.C.: The World Bank.
- Freinkman, L., & Plekhanov, A. (2009). Fiscal Decentralization in Rentier Regions: Evidence from Russia. *World Development*, 37(2), 503–512.
- Oates, W. E. (1999). An essay on fiscal federalism, in: *Journal of economic literature*, 37(3), 1120–1149.
- Yushkov, A. (2015). Fiscal Decentralization and Regional Economic Growth: Theory, Empirics, and the Russian Experience. *Russian Journal of Economics*, 1(4), 404–418.
- Yushkov, A. (2020). COVID-19 in Russia's Regions: Explaining Trends and Assessing Fiscal Risks, in: *Russian Studies Workshop Blog*, 23.07.2020. Abrufbar unter: <https://blogs.iu.edu/russianstudiesworkshop1/2020/07/23/covid-19-in-russias-regions-explaining-trends-and-assessing-fiscal-risks/>
- Yushkov, A., Savulkin, L., & Oding, N. (2017). Intergovernmental Relations in Russia: Still a Pendulum? *Public Administration Issues*, 5, 38–59.
- Zhuravskaya, E. (2010). Federalism in Russia. In: *Russia after the Global Economic Crisis* (eds. A. Aslund, S. Guriev, and A. Kuchins). Washington, DC: Peterson Institute for International Economics, 59–78.